



Für eine lebendige Willkommenskultur

Kontroverse Debatte in Landtagssondersitzung zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

In einer mehr als sechsstündigen kontroversen Debatte hat sich der Thüringer Landtag im Rahmen einer von der CDU-Fraktion beantragten Sondersitzung am 24. August mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Thüringen befasst. Eine Regierungserklärung dazu gab Migrationsminister Dieter Lauinger. Für die Landesregierung sprachen außerdem Innenminister Holger Poppenhäger und zum Abschluss Ministerpräsident Bodo Ramelow.

In ihrer Rede hatte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, die Thüringer CDU dafür kritisiert, „aus der Flüchtlings- und Asylpolitik ein parteipolitisches Kampffeld zu machen“. Die CDU instrumentalisiere mit der von ihr beantragten Sondersitzung des Landtags „das Leid von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind, um mit Populismus gegen die Thüringer Landesregierung und die rot-rot-grüne Koalition ins Feld zu ziehen“. Das bedeute ein eklatantes Versagen des CDU-Vorsitzenden Mike Mohring: er setze „auf Populismus statt auf gemeinsames Handeln aller Demokraten“.

Mohring hatte der Landesregierung u.a. vorgeworfen, sie habe die Probleme verschärft. Dagegen betonte die LINKE-Fraktionsvorsitzende: „Die Thüringer Landesregierung und die rot-rot-grüne Koalition arbeiten daran, in ih-

rem Zuständigkeitsbereich die völlig überholte Flüchtlingspolitik zu reformieren.“ Der jetzt angesetzte Flüchtlingsgipfel der Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden sei dabei ein weiterer wichtiger Schritt. Sie begrüße ausdrücklich „den Kampf gegen rassistische Ressentiments, gegen rechte Gewalt und für die Integration von Flüchtlingen und für eine lebendige Willkommens-Kultur“.

Auf zahlreiche ungelöste Probleme verwies die Abgeordnete dagegen beim Bund und dort im Verantwortungsbereich von CDU und CSU. „Wie man wirklich chaotische Zustände provoziert“, könne man zudem derzeit vor allem in Sachsen unter der Verantwortung einer CDU-geführten Landesregierung beobachten. Sachsen sei derzeit kein „sicheres Ankunftsland“.

Als „Chance für uns betrachten“

Susanne Hennig-Wellsow rief „zur Arbeit an praktischen Fragen, zur gemeinsamen Suche nach Lösungen und zum Miteinander-Reden, statt Politik auf dem Rücken von Menschen“, auf.

Der eigentliche Skandal, so Minister Lauinger, sei, dass für die Unterbringung der Flüchtlinge der Bund nur fünf Prozent der Kosten trägt, dagegen die Länder 75 Prozent und die Kommunen 20 Prozent. „Der Bund muss sich endlich strukturell und dauerhaft beteiligen“, forderte er, wie auch die anderen

Redner der Koalition. So verwies der SPD-Fraktionsvorsitzende darauf, dass der Bund zur Bankenrettung innerhalb einer Woche 500 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt hatte.

Eine unsäglich Reden hielt der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Björn Höcke, zu der in der Debatte der Chef der Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin Immanuel Hoff, sagte: „Die NPD von Mecklenburg-Vorpommern rechts zu überholen, das muss man erstmal schaffen.“

Ministerpräsident Bodo Ramelow hatte ein modernes Zuwanderungsrecht gefordert und appelliert, die Menschen, die hier Schutz suchen, als „Chance für uns zu betrachten“. Wir sollten sie „als Teil unserer Bürgergesellschaft aufnehmen und ihnen die Möglichkeit geben, Lohn und Brot selbst zu verdienen“. Dies auch mit Blick auf die Tatsache, dass in Thüringen in zehn Jahren 200.000 Facharbeiter gebraucht würden. Zudem müsse die Bundesregierung „das machen, was dringend notwendig ist, uns begleiten, dass Integration gelingen kann und Flüchtlinge nicht zu einem Thema werden, bei dem sich unsere Gesellschaft und unsere Bürger in Angst und Schrecken versetzt sehen“.

Im nächsten Parlamentsreport eine ausführliche Berichterstattung zur Sondersitzung, die zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe stattfand. ■

Kommunale Integrationskonzepte unterstützen

Zum CDU-Antrag zur Landtagssondersitzung hatten die Koalitionsfraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Alternativantrag eingebracht, den die LINKE Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sabine Berninger, in der Debatte begründet und erläutert hatte. Darin heißt es u.a.:

„Der Landtag setzt sich für eine menschenrechtsorientierte und humanistische Flüchtlingspolitik ein, bei der neben der menschenwürdigen Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Geflüchteten eine individuelle und sorgfältige Einzelfallprüfung des Anspruchs auf Asyl im Vordergrund steht.“

Es folgen 12 Punkte, mit denen der Landtag die Landesregierung unterstützt, darunter bei „der Schaffung eines menschenrechtsorientierten Ein-

wanderungsgesetzes, welches unser Aufenthalts- und Asylrecht um ein Einwanderungsrecht ergänzt“, bei der „zeitnahen Einführung einer Gesundheitskarte, um eine bessere medizinische Versorgung zu gewährleisten“, „kommunale Integrationskonzepte als Grundlage einer menschenwürdigen Aufnahme und qualifizierten Sozialbetreuung zu initiieren und zu unterstützen und die solidarische, ehrenamtlich und zivilgesellschaftlich in vielen Thüringer Gemeinden geleistete Hilfe für geflüchtete Menschen durch Ehrenamtskoordination zu unterstützen und damit zur Stärkung praktischer Willkommenskultur beizutragen“.

In weiteren fünf Punkten bittet der Landtag die Landesregierung u.a., zu prüfen, „wie auf Bundesebene sichergestellt werden kann, dass Asylsuchenden zusätzlich zur Aufenthaltsgewährung zum Zwecke der Berufsausbildung ein Aufenthaltstitel bei der

Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis für die ersten zwei Jahre nach der Ausbildung, während eines Studiums sowie bei nachgewiesener Ausübung einer Berufstätigkeit erteilt wird“.

Außerdem dankt der Thüringer Landtag „allen, die sich tagtäglich haupt- und ehrenamtlich für eine gute Asyl- und Flüchtlingspolitik in Thüringen einsetzen. Ihr Engagement verbessert nicht nur die Bedingungen von Geflüchteten in diesem Land. Sie leisten damit auch einen wichtigen Beitrag für eine demokratische Kultur“.

Ebenso gelte „all jenen Dank und Anerkennung, die sich bei rassistischen und rechtsextremen Kundgebungen und Aufmärschen schützend vor Flüchtlingsunterkünften stellen und Vorurteilen und rassistischen Ressentiments argumentativ begegnen“. ■

KOMMENTIERT:

Katharina König

Unheilvolle Allianz

Die Statistik der Opferberatungsstelle ezra über rechte Gewalttaten im ersten Halbjahr 2015 in Thüringen verdeutlicht deren signifikanten Anstieg. Neonazis aber auch Rassisten treten wieder selbstbewusster und aggressiver auf und schrecken vor offener Gewalt kaum noch zurück.

Im Zuge der Aufdeckung des NSU und der Schwäche der NPD hat die Naziszene eine Weile verunsichert gewirkt und sich auch weitgehend zurückgehalten. In den letzten Jahren ist aber ein Mentalitätswandel spürbar. Man setzt die schon vorher angewandten Strategien des Kampfes um die Straße und der Schaffung „nationaler“ Zentren und Wohnprojekte fort. Schon Ballstädt hat gezeigt, mit welcher Brutalität und Skrupellosigkeit organisierte Nazis vorgehen. Attacken, wie in Saalfeld am 1. Mai, stehen nur für die Kontinuität dieser Entwicklung.

Angesichts wachsender MigrantInnenzahlen steigt auch die Gefahr weiterer rassistischer Angriffe. Dabei fühle ich mich stark an die frühen 1990er Jahre erinnert, als aufgrund hoher Flüchtlingszahlen Neonazis Hand in Hand mit damaligen WutbürgerInnen gegen Asylunterkünfte und Gastarbeiter vorgehen. Grauensvolle rassistische Morde und Pogrome sind damals die Folge gewesen.

Auch heute besteht wieder die Gefahr einer unheilvollen Allianz von als Bürgerinitiativen firmierenden Nazis über ausländerfeindliche Ressentiments widerkäuende WutbürgerInnen bis hin zu MedienvertreterInnen und PolitikerInnen von AfD und CDU, die einer repressiven Flüchtlingspolitik das Wort reden und zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen unterscheiden, damit faktisch ganze Gruppen von MigrantInnen stigmatisieren und als Sündenböcke brandmarken. Solche Argumentationsmuster weisen starke Parallelen zur „Das Boot ist voll“-Rhetorik auf, mit der letztlich die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl vorbereitet wurde. Nicht zuletzt der NSU-Untersuchungsausschuss in Thüringen hat für die 1990er Jahre festgestellt, dass sich die Nazis damals durch die ausländerfeindliche Grundstimmung in Politik, Medien und Gesellschaft bestätigt und bestärkt fühlten und daraus die Legitimation für selbst schwerste Gewalttaten bezogen. Es gilt daher jetzt umso mehr, sich klar und rückhaltlos nicht nur gegen Nazis und Rassisten zu positionieren, sondern sich auch mit allen Flüchtlingen zu solidarisieren und ihnen Schutz zu gewähren! ■